

FABEL

Zugehende Familienbegleitung im ländlichen Raum im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

1 Maßnahmen

- Entwicklung und Erprobung einer neuen Zusatzqualifikation Familienbegleitung für das in der Praxis bereits implementierte Profil der freiwilligen Pflegebegleitung (Bundesmodellprogramm zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, gefördert von 2003 -2008 nach §8 Abs. 2 SGB XI von den Spitzenverbänden der Pflegeversicherung, vertreten durch den VdAK/AEV, seit 1.7.2008 GKV-Spitzenverband)
- Professionelle Anbindung an eine Koordinierungsstelle und Supervision für die Familienbegleiter(innen)
- Begleitung pflegender Familien im ländlichen Raum im Rahmen der FABEL-Studie
- Entwicklung und Publikation eines Manuals (mit Schulungsmaterialien)

2 Erfahrungen: Good Practice und Barrieren



3 Ausblick

Bundesweit ist eine Verbreitung der Familienbegleitung im gesamten Netzwerk Pflegebegleitung geplant, die Publikation des Kursmanuals liegt vor und dient der Vervielfältigung des Ansatzes.

In der bestehenden Initiative wird die Supervision von einem einschlägig qualifizierten Familienbegleiter weitergeführt, die Koordinierungsstelle kann zeitlich begrenzt über externe Finanzierungsquellen gesichert werden. In der Projektzeit aufgebaute Netzwerke bestehen weiterhin.

Über 45d SGB XI sind die Qualifizierungsmaßnahmen für Freiwillige finanzierbar. Dies deckt jedoch nicht die Kosten einer regelmäßigen Supervision und der Koordinierungsstelle.

4 Handlungsbedarfe für die Zukunft

Die eindeutig monetären Profiteure der Begleitung (Krankenkassen im Bereich SGB V) sind lt. gesetzlicher Regelungen bislang keine potenziellen Kostenträger.

Dies sollte unter dem Aspekt der Prävention bei künftigen Gesetzesänderungen unbedingt stärker in den Blick genommen werden, zumal Familienbegleitung letztlich ein kostenneutrales Angebot ist (siehe Modellrechnung im Projekt im Rahmen des Abschlussberichts)

Die nachhaltige Finanzierung der Familienbegleitung ist also - trotz deutlicher Nachweise für ihre Wirksamkeit - in der aktuellen Gesetzgebung noch nicht ausreichend verankert.